

Verleger: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei. Druckerei: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei. Druckerei: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Kauzeler Neuzeit Nachrichten

Notationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Gschw. Schmitt), Castro

Bladenhorfer Tageblatt

Verlag: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei. Druckerei: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei. Druckerei: Dr. H. J. Schmitt, für die Druckerei.

Nr. 236

Dienstag, den 10. Oktober

1922

In aller Kürze.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Zur Erleichterung der Schalterabfertigung und zur Milderung des Verkehrs auf den Hauptstraßen ist der Preis für Bahntickets vom 10. Oktober an auf 2 Mark erhöht worden.

In Konstanz haben, wie das B. Z. erfährt, Vertreter der Regierungsparteien mit Dr. Wirth über die Bildung eines unparteiischen Ausschusses für die Kandidatur Eberts Rücksprache genommen. Man ist zu einem Einverständnis gekommen. Darauf erfolgte eine Fühlungnahme mit der Deutschen Volkspartei.

Wie wir hören, ist für den neuernannten französischen Botschafter Pierre Jacquin de Margerie das Akkreditament der deutschen Regierung erteilt.

Die Rheinlandkommission entschied nach Prüfung der Akten über die Prozesse gegen den Reichsaussenminister, daß die ausgesprochenen Urteile nicht vollstreckt werden dürfen.

Polen und Danzig haben gegen den Spruch des Kommissars des Völkerbundes vom 24. Sept. über die Teilnahme der freien Stadt Danzig an internationalen Kongressen beim Völkerbund, rat Widerpruch erhoben.

Die französische Kammer wird am Donnerstag dieser Woche ihre neue Session eröffnen und gleich zu Beginn in eine große außenpolitische Debatte eintreten. Über 30 Interpellationen, darunter zahlreiche über die Außenpolitik der französischen Regierung liegen vor.

Der Vorsitzende des Kommissariats für Kriegswesen, Trochu, ist in Begleitung des Chefs der Noten Generalstabes Akademie zur Besichtigung der Häfen des Schwarzen Meeres und der Festung von Batum nach dem Süden abgereist.

Die Daily Mail meldet aus Brindisi: Eine Bankiergruppe verhandelt wegen einer Anleihe von 15 Millionen für Griechenland, damit dieses 50.000 Gewehre und 100.000 Paar Schuhe anschaffen kann.

Nach einer in London eingetroffenen Athener Meldung, soll die französische Regierung der griechischen eine in sehr scharfer Form gehaltene Note überreicht haben, in der Griechenland vor der weiteren Entsendung von Verstärkungen nach Thrazien gewarnt wird.

Venizelos schilderte in einem langen Telegramm seine Unterredung mit Poincaré und hat die griechische Regierung, die unannehmliche Situation aufzuheben. Man glaubt, daß die griechische Regierung diesem Tat folgen wird. In Athen herrscht allgemeine Befriedigung.

„Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel die Zusammenziehung türkischer Truppen in der Gegend von Smid. Von türkischer Seite wird dabei darauf hingewiesen, daß dies lediglich eine Vorkehrungsmaßregel darstelle, um einen schnellen Übergang der Türken nach Thrazien zu ermöglichen.

König Konstantin erklärte einem Vertreter des „Reichs“ Paris, daß seine Abhandlung endgültig sei und daß er sich nunmehr für immer von der Politik zurückgezogen habe.

Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel über die Verhandlungen von Madani: Auf der Basis der Instruktionen, die dem britischen Vorkommnisse zugehen, wird eine Militärkonvention ausgearbeitet, die den Türken vorgelegt und die sie unterschreiben sollen.

Dr. Benesch reiste gestern Abend zur Zusammenkunft mit Schanzer nach Venedig ab.

Das Ergebnis eines italienischen Ministerates, der an zwei Tagen beraten hat, ist, daß die Regierung bleiben wird. Sie will die Ordnung nachdrücklich aufrechterhalten und Neuwaschen unter Ablehnung der Forderung der Faschisten nicht vornehmen, dagegen bald die Kammer einberufen und einen Wahlreformgesetzwurf vorlegen.

Wie die Journalen Industrielle aus Le Havre melden, hat das Streikkomitee der Metallarbeiter den Ausstand nach 110-tägiger Arbeitsruhe, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, gestern für beendet erklärt.

Der „Exchange Telegraph“ aus Kopenhagen telegraphiert, daß die Japaner die Räumung von Stadtmöbeln begonnen haben. Der Kreuzer „Katsura“ und vier Torpedoboote überwachen die Einfahrt der Truppen.

Die Faschisten-Bewegung in Italien.

Wie zu erwarten war, hat der sozialistische Parteitag in Rom mit einer Spaltung der italienischen Sozialisten geendet. Der rechtsstehende Flügel, die sogenannten Reformisten unter Führung Turatis, sind in der Minderheit geblieben und von den Maximalisten ausgeschlossen worden. Diese haben beschloffen, sich der dritten Internationalen bedingungslos anzuschließen. Turati, der im vorigen Jahre die 21 Moskauer Bedingungen unerschrocken fand, geht also heute durch das Moskauer Joch als ein Mann, der seinen Irrtum eingesehen und sich befehrt hat. Der Jubel der deutschen Kommunisten über dieses Ereignis ist grenzenlos. Die italienischen Reformisten werden versuchen, sich der Wiener Internationale anzuschließen, auch suchen sie Verbindung mit den sozialistischen Gruppen der übrigen Parlamente, die ihnen nahesteht, um zu irgendeiner Arbeitsgemeinschaft zu kommen. Es ist bemerkenswert, daß die eingetragene Mitgliederzahl der sozialistischen Partei, die auf dem Parteitag in Rom vertreten war, nicht mehr als 72.000 beträgt. Sie ist im letzten Jahre ganz gewaltig zurückgegangen.

Daß das geschehen konnte, und auch die Spaltung der Sozialisten auf dem Parteitag, ist letzten Endes ein Erfolg der italienischen Faschisten. Sie haben die revolutionären Erhebungen in der italienischen Sozialdemokratie im vorigen Jahre mit Gewalt niedergeschlagen. Die Frage, wie ein ihrer gegenrevolutionären Arbeit am besten Widerstand leisten könne, hat die Sozialistische Partei innerlich zerrissen. Gewiß sind auch zahlreiche frühere Anhänger des Sozialismus zu den Faschisten übergegangen, weil sie dort für ihren Drang nach terroristischer Betätigung größere Erfolge erwarteten. Die italienische Faschisten-Bewegung ist heute straff organisiert. Sie ist zugleich eine militärische Organisation und eine politische Partei, die mit ihren Gewaltmethoden überlegenen Einfluß besitzt. Ihr politisches Ziel ist die Aufrichtung einer nationalen Diktatur unter Überwindung der heute noch in Italien geltenden demokratischen Regierungsprinzipien. Der Wille zur politischen Macht, gleich mit welchen Mitteln, kennzeichnet ihr ganzes Auftreten. Mussolini, der Führer der Faschisten, hat unlängst in Udine eine programmatische Rede gehalten, in der er seine Anhänger zu strengster Disziplin ermahnte. Er erklärte sich gegen die organisierten Streikbewegungen und bezeichnete als Ziel der Bewegung die Herrschaft über Italien. Wenn die Monarchie sich ihren Bestrebungen nicht entgegenstellen würde, blieben sie monarchistisch gesinnt.

Inzwischen haben die Faschisten, wie bekannt, Vözen überfallen in der Absicht, Südtirol um sein Selbstverwaltungsrecht zu berauben, das ihm die italienische Regierung nach der Annexion dieses in seiner überwiegenden Mehrheit deutschen Gebietes gelassen hat. Der italienische Generalgouverneur Credaro von Südtirol, dessen Verwaltungsregime man allgemein verurteilt, regiert nun nach, was den Faschisten ein Dorn im Auge. Sie verlangen seine Absetzung. Nach letzten Meldungen haben sich die Faschisten von Vözen nach Trient verzogen, wo sie Gewehr bei Fuß in Alarmbereitschaft stehen. Im Mailand hat Mussolini am Mittwoch eine neue Rede gehalten, in der er ausführte, daß in Italien heute zwei Staaten existierten, der liberale und der Faschistenstaat. Dieser müsse diesem weichen. Zu diesem Zweck forderte er die baldige Auflösung der Kammer, woraufhin die Faschisten selbst die Auflösung herbeiführen würden.

Die italienische Regierung ist gegenüber diesem diktatorischen Treiben ziemlich machtlos. Sie hat dem Kampf der Faschisten gegen die revolutionären Sozialdemokraten tatenlos und hilflos zugehört, jetzt ist ihr die Bewegung über den Kopf gewachsen, die ganze Staatsautorität droht zusammenzubrechen. Der italienische Ministerpräsident de Facta hat kürzlich anlässlich seines 50-jährigen Abgedenkens Jubiläums eine Rede gehalten, in welcher er die Wiederherstellung der inneren Ordnung im Lande als die dringende Aufgabe der Regierung bezeichnete. Es steht aber fest, daß die Regierung mit ihren Maßnahmen gegen die Faschisten immer zu spät kommt. Aufsehnend wartet sie auch heute noch nicht recht mit Nachdruck gegen sie vorzugehen. Eine lange Lebensdauer verspricht dem Ministerium de Facta heute niemand mehr in Italien. Neue Krisengerichte werden in den italienischen Zeitungen bereits wieder vermerkt.

Der Faschistenüberfall in Südtirol berührt natürlich stark das Verhältnis Österreichs zu Italien. In Nordtirol befürchtet man auf Grund faschistischer Drohungen einen Einfall und hat sich zur Gegenwehr gerüstet. Der österreichische Abgeordnete Strahner hat an die Regierung einen Antrag gerichtet, um infolge der Vorgänge in Vözen die Intervention des Völkerbundes zu erwirken und Vereinbarungen mit der italienischen Regierung zu erzielen, die einen gewaltsamen Einmarsch der Faschisten gegen Innsbruck verhindern sollen. Der europäische Frieden bedroht, das Spannt sein, ob es der italienischen Regierung gelingen wird, seiner Herr zu werden. Die Aussicht dazu ist sehr gering.

Aus dem Reiche.

Das neue Beamtenrecht.
Berlin, 9. Okt. Unter dem Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichtes, Minister a. D. Dreows, fand eine Verhandlung über das neue Beamtenrecht statt, an der neben der Regierung Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten teilnahmen. Es fand der Vorschlag allgemeine Annahme, die Beamtenschaft durch Ausbildung einer Anstellungsurkunde zweifelsfrei festzustellen. Die Anstellung soll grundsätzlich lebenslanglich erfolgen. Daneben soll aber eine Anstellung auf Zeit möglich sein. Das Ausscheiden eines Beamten aus dem Dienst soll durch einen Wunsch zu jeder Zeit zulässig sein. Bei den politischen Beamten soll die Versetzung in den einseitigen Ruhestand möglich sein. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Zur Lohnerhöhungen im Bergbau.
Das Völkische Bureau meldet aus Berlin: Durch die Presse sind Neuierungen gegangen, die die letzten Schiedssprüche im Bergbau einer scharfen Kritik unterziehen, weil darin den Bergleuten eine Lohnerhöhung zur Abgeltung einer erst zu erwartenden Teuerung zugestanden worden sei. Das Reichsarbeitsministerium steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß in Zukunft zu erwartende Verleumdung der Lebenshaltung nicht zum Anlaß für Lohnerhöhungen genommen werden soll. Am Bergbau sind jedoch besondere Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Bergarbeiter erhält den von ihm verdienten Lohn zum größten Teil erst im folgenden Monat ausbezahlt, wodurch seine Kaufkraft bei der jetzigen Preisentwicklung bereits stark vermindert ist. Dieser wichtigen Besonderheit ist nicht zum erstenmal Rechnung getragen worden. Schon bei den Lohnverhandlungen am 24. und 25. August in Berlin haben die Arbeiter selbst frei von jeder behördlichen Beeinflussung den Arbeitern des Ruhrbergbaues als Ausgleich der noch nicht abgezahlten Teuerung in der zweiten Hälfte des Monats August zum Ausgleich der im Monat September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Löhne gewährt. Die dem Schiedsgericht jetzt am Vorwurf gemachte Lohnforderungen für den Oktober gegenüber ihre große Bedeutung hat, ist also von den Arbeitnehmern selbst eingeleitet worden. Wenn in den künftigen Preisverhandlungen außerdem auf die arbeitsrechtliche Lohnpolitik der Arbeitgeber hingewirkt wird, die durch eine besonders reichliche Lohnerhöhung ein längeres Festhalten der Kaufkraft erreicht habe, so darf nicht vergessen werden, daß große Lohnforderungen in einem Berufsfeld auf andere Berufe zurückwirken. Jeder Preis auf den bereits eingetragene Lohnforderungen leicht in Vergesslichkeit geraten und bei weiteren Anfeuern der Teuerung neuen Forderungen nicht vorzubeugen. Man kann darüber streiten, ob es für die allgemeine Wirtschaft nicht zweckmäßiger ist, Lohnerhöhungen stets auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken und es der künftigen Entwicklung zu überlassen, ob die weitere Preisgestaltung neue Zulagen erforderlich macht.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Siegen, 9. Okt. Am 7. und 8. Oktober fand der Parteitag der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Süd in Siegen statt. Von den Abgeordneten waren erschienen: Dr. Stresemann, Dr. Voegler, Dr. Luther und Kultusminister Böllig. Nachmittags fanden zehn verschiedene Sitzungen der Fraktionsausschüsse statt, in denen die Wünsche der einzelnen Berufsgruppen entgegen genommen wurden. Am Abend vereinigten sich die Erschienenen zu einem Begrüßungsabend, in dem Dr. Böllig über Kulturfragen und Dr. Kruse über die Geschichte des Liberalismus im Siegerlande sprachen. Am Sonntag vormittag fand eine Vertreterversammlung statt, in der über die Tätigkeit im Wahlkreis berichtet wurde. Den Mittelpunkt bildete Sonntag nachmittag eine Rede Stresemanns über die politische Lage. Dr. Stresemann führte dabei u. a. aus: Deutschland Politik müsse auf Außenpolitik eingestellt sein. Das Stinnes-Abkommen war eine Tat, aber sie kam nicht von der Regierung, sondern Frankreich wandte sich an einen im Kriege oft bekämpften Führer der deutschen Industrie. Man wollte nicht mit der sozialistischen Regierung zusammenarbeiten, sondern verlangte ein Zusammenwirken der wirtschaftlichen Kräfte. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß auch politische Zugeständnisse gemacht werden. Der Redner erinnerte an die Besatzungskosten und verlangte, daß die Frage der Kriegsschadensabgaben endlich zur Lösung gebracht werde. Große Probleme seien ein Zusammenwirken der Wirtschaftskräfte haben noch bevor, insbesondere das des Wiederaufbaues Auslands. In dieser Richtung liegen Aufgaben für eine aktive Außenpolitik. Im Innern müsse man endlich dazu kommen, daß die Parteiprobleme kleiner gegeben werden als die außenpolitischen Fragen. Der Gedanke eines einheitlichen nationalen Willens müsse endlich kommen. Das Wiedererkennen Deutschlands könne

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage und kostet durch den Posten ins Haus gebracht 110 Mark (unverändert) für den Monat. Postbezugs 200 Mark für das Vierteljahr, ohne Postbezug 150 Mark. Die Zeitung erscheint auch in der Ausgabe für die Provinz, die keine Steuern auf die Zeitung, die Schließung des Briefes oder auf die Zahlung des Postbezuges. Die Zeitung ist in der Ausgabe für die Provinz, die keine Steuern auf die Zeitung, die Schließung des Briefes oder auf die Zahlung des Postbezuges.

nicht von einer Partei kommen, sondern muß das Werk des ganzen Volkes sein. Stresemann wies den Vorwurf zurück, die Deutsche Volkspartei treibe Kompromisspolitik. In Deutschland müsse jede Politik Kompromisspolitik sein, solange wir nicht das Zweiparteiensystem hätten. Deshalb treibe die Deutsche Volkspartei Realpolitik.

Der 4. Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Elberfeld.

Elberfeld, 9. Okt. In der großen Stadthalle in Elberfeld nahm heute der 4. ordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei bei zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des deutschen Reiches mit einer Sitzung des Parteiausschusses seinen Anfang. Die demokratische Reichstagsfraktion war stark vertreten. Auch alle demokratischen Fraktionen der Landtage hatten Vertreter entsandt. Der Parteiausschuss bereite den Parteitag durch eine eingehende Vorbereitungsung vor. In dem Geschäftsbericht, den die Parteileitung vorlegte, wurden im wesentlichen folgende Richtlinien vorgelegt: außenpolitische Unterstützung aller Bestrebungen auf Abbau der Friedensverträge unter möglicher Vermittelung jeder Katastrophenpolitik. Das Mittel zu dieser geforderten Politik ist die verbotene Erfüllungspolitik, ihr Sinn ist, Zeit gewinnen, bis im Ausland eine Politik der Vernunft und der klaren Tatsachen möglich ist, innenpolitisch unbedingte Treue zum neuen republikanischen Staat, Befestigung staatsbürgerlicher Selbstverantwortung, aber auch staatsbürgerliche Selbstbewußtsein in allen Volksschichten, Durchdringung des Staatslebens mit treu-demokratischem und republikanischem Geist, grundsätzliche Mühe zu sich selbst steuernden Wirtschaftsverbänden mit wirtschaftlicher und sozialer Selbstverwaltung, dabei müssen aus Gründen politischer Sicherheit und Abwehrene Bedingungen zeitweise aufrechterhalten werden, die zurzeit noch nicht ohne schwere Erschütterungen beseitigt werden können, Getreidemangel, Reichsmittelmangel, Kohlenverteilung, eine gesunde Sozialpolitik, die den Folgen der Geldentwertung soweit als möglich entgegensteht. Eine große Rolle spielt auch die Stellungnahme der Partei zur Frage einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Die meisten Anträge auf dieser Frage sind mit einer solchen Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei einverstanden, in der Voraussetzung, daß sie sich nicht auf einem Bürgerblock unter Einfluss der Deutschnationalen auswirkt. Der Frankfurter Parteitag verlangt allerdings strikte Ablehnung einer solchen Arbeitsgemeinschaft. Am Montag beginnen die eigentlichen Verhandlungen des Parteitages.

Rheinischer Volkstag in Elberfeld.

Elberfeld, 9. Okt. Am Sonntag nachmittag fand hier ein rheinischer Volkstag statt, bei dem Redner aus Ost und West, Nord und Süd zu den Rheinländern sprachen. Die zum Parteitag erschienenen demokratischen Parteidelegierten beteiligten sich vollständig an dieser Kundgebung, die in einem machtvollen Treuegesang zum deutschen Vaterlande ausklang. Am Abend fand eine Begrüßungsfeier statt, bei der Staatspräsident Tautz-Edenburger die Hauptrede hielt.

Deutsche Note über die Vorfälle in Oberassfel.

Berlin, 9. Okt. In der Oberassfelder Angelegenheit, an der bekanntlich nur belagerte Militärpersonen beteiligt waren, aber Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung und die deutschen Behörden ergriffen wurden, hat heute der deutsche Reichsaussenminister in Brüssel dem belgischen Ministerium des Innern eine Note überreicht. Darin wird insbesondere Beschwerde geführt über die dem Belgischen Reich durch den Oberassfelder Vorfälle und dem Polizeibeamten Blausen zurecht gewordene Behandlung. Wie erinnert, waren diese beiden Beamten verhaftet worden, weil sie nicht binnen zwei Stunden die Täter ermittelt hätten, obgleich sie zum abgepörrten Tatort überhaupt nicht zugelassen wurden und von keiner belgischen Stelle trotz aller Bemühungen irgendeine Auskunft über das Vorgefallene erhalten konnten. Die Note befaßt sich weiter mit der tagelangen Festhaltung deutscher Zeugen sowie der Verhaftung zahlreicher Oberassfelder und Düsseldorf Bürger aus Anlaß der Sperrmaßnahmen und den sonstigen hierbei vorgenommenen vielfachen militärischen Übergriffen. Zum Schluss wird eine eingehende Untersuchung und eine Befragung der Schuldigen sowie Wiedergutmachung des der Bevölkerung und den Beamten zugefügten schweren Unrechts verlangt.

Die Eröffnung der Frankfurter Messe.

Frankfurt, 9. Okt. Die diesjährige Frankfurter Herbstmesse wurde heute mit der Messe des nunmehr eröffneten Hauses der Technik eröffnet. Hierzu hatten sich eine Anzahl geladener Gäste in dem Saale des Hauptrestaurants der Ausstellung eingefunden. Im Namen des Aufsichtsrates der Messe und der städtischen Behörden wurden sie von Stadtrat Landmann begrüßt. Der Redner wies in seiner Ansprache darauf hin, wie die politischen Zeitumstände ausgleichend waren für den Verlauf der einzelnen Messen. Auch diese Messe, so führte der Redner

Dollarkurs am 8. Okt. = 2603,00

Letzte Drahtnachrichten.

Das Reichsschulgesetz vor der Entscheidung.

Berlin, 9. Okt. Der Bildungsausschuss des Reichstages, an den bekanntlich der Entwurf eines Reichsschulgesetzes verwiesen wurde, nimmt am 10. Oktober seine Beratungen wieder auf. Man wird erwarten dürfen, daß das so lange verzögerte Gesetz nun endlich verabschiedet wird.

Der Rathenau-Prozeß.

Leipzig, 9. Okt. Vor Beginn der heutigen Sitzung erzählte der auf freiem Fuß befindliche Angeklagte Werner Rathenau, daß er dort in seiner Stammkneipe bei Wolf in der Lutherstraße einige junge Leute getroffen habe, ausnehmend von der Organisation C, die ihn wegen seiner Aussagen mit dem Tode bedroht hätten und ihm auch während eines Revolverspiels. Er behauptet, daß das Waffenspielen die Szene mit dem Revolver gegeben haben müsse. Rechtsanwalt Bloch, Vertreter des 11. Angeklagten der Organisation C, erzählt hierzu, daß er sich im Sitzungssaal, es soll sich um einen Herrn v. M. gehandelt haben, aber beide Parteien seien betrunken gewesen.

Leipzig, 9. Okt. Der Prozeß gegen die Mitglieder der Organisation C nahm heute seinen Fortgang. Es sind besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Zahl der zugelassenen Zuhörer ist wesentlich eingeschränkt. Die Angeklagten sind sämtlich zur Stelle. Um 9.10 Uhr erscheint der Gerichtshof. Senatspräsident Dr. Hagens eröffnet zunächst, es hat sich ergeben, daß die Straftatsbegehren, die am Sonntagabend bei verschiedenen Angeklagten eintreten, und deren Ursachen noch nicht endgültig festgestellt worden sind, bezwecken, irgend ein Attentat auf die Gesundheit und das Leben der Angeklagten vorzunehmen. Der Verdacht, der der weiteren Aufklärung bedarf, hat zu besonderen Sicherheitsmaßnahmen Anlass gegeben, die darin bestehen, 1. die Zahl der in den Sälen und in das Reichsgericht zugelassenen Zuhörer ganz wesentlich zu beschränken, 2. daß von den Zugelassenen nach Ermessen der Polizeibehörde ein Ausweis über die Persönlichkeit gefordert wird. Allesamt wird der Zutritt nur auf Grund eines Passes mit Lichtbild, auf dem das Signalment der Persönlichkeit ersichtlich ist, erfolgen. Es wird dann in die Verhandlung eingetreten. Von dem Verteidiger Günthers ist ein ganz neuer Zeuge, der landwirtschaftliche Lehrer Dunschardt aus Berlin geladen, der über das Vorleben Günthers zu sagen hat. Der Zeuge war mit Günther seit Beginn der Schulzeit befreundet. Es wird zunächst dieser Zeuge vernommen.

Fortsetzung des Fischenbach-Prozesses.

München, 9. Okt. Im Fischenbach-Prozesse wurde heute mit der Verlesung der Briefe Fischenbachs fortgesetzt, die sich u. a. auf die Verörungen für Dörschleien, auf die Einwohnervorlagen, Notstandsarbeiten, Organisation der Gegenrevolution usw. beziehen. Fischenbach erklärt u. a., daß die Verträge über die bairische Gegenrevolution, die er an Gargas gegeben hat, auch an Abgeordnete des Reichstages von ihm weiter gegeben worden sind. Er habe es für notwendig gehalten, den Kampf um die bairische Gegenrevolution international zu führen.

Ungehörter Gewaltakt.

Düsseldorf, 9. Okt. Mitte voriger Woche wurde im besetzten Gebiet von den Franzosen ein deutscher Ingenieur aus Essen, wahrscheinlich auf Anweisung eines ihm unbekannten Vorgesetzten hin, festgenommen und ohne Angabe von Gründen in ein Gefängnis geworfen, wo er streng bewacht wird und ihm entgegen allen gesetzlichen Vorschriften die Erlaubnis zum Schreiben usw. verweigert wird. Die entsprechenden Maßnahmen der Regierung dürften nicht lange auf sich warten lassen.

ternen, das am 8. April 1905 zu einem allgemeinen Abkommen führte, das als Beginn der „Entente cordiale“ zu bezeichnen sei.

Delcassé geht dann auf die Frage des militärischen Abkommens zwischen Frankreich und England über und erinnert an die Briefe des ehemaligen französischen Ministers, die zu Beginn dieses Jahres veröffentlicht wurden. Einer dieser Briefe spreche von einem militärischen Abkommen zwischen Frankreich und England, dessen begrenzter Form jedoch jeden Angriff ausschloß. Wollte Wilhelm II. etwa deshalb behaupten, Frankreich habe zum Kriege getrieben? Die Fahrt nach Tanger sei ein Fehler gewesen, den Wilhelm II. begangen habe. Der Kaiser behaupte, er habe Furcht gehabt, daß man hierbei von einer Provokation hätte sprechen können. Das Ergebnis sei tatsächlich das gewesen, was er befürchtete: Er verlor heute, die Schuld auf Wilhelms abzuwälzen; das sei nicht sehr hübsch von ihm. Wo sei die Zeit, als der Kaiser, in Deutschland umherreisend, zu den Unterthanen sagte: „Ihr dürft nur einen Willen haben, den Willen eures Königs.“ Der Kaiser rede heute, als ob jedermann alles vergesse hätte. Seine Angaben seien nicht der Kritik wert, um so mehr, wenn man der Ansicht sei, daß wenn diese gründlich erfolgen sollte, die Regierung der französischen Republik sie übernehmen müßte.

Ablehnung des Ugarhar-Vertrages durch Rußland.

Moskau, 9. Okt. Obwohl der Rat der Volkskommissare mehrmals anerkannte, daß die Teilnahme des Auslandskapitals am Wiederaufbau der Wirtschaft Sowjetrusslands, insbesondere der Abschluß des Vertrages mit der von Ugarhar geleiteten Russo-Asiatic Consolidated unter den festgesetzten Bedingungen äußerst wünschenswert ist, meint der Rat der Volkskommissare, daß der außerordentliche Umfang der Verantwortung wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in erster Reihe freundschaftliche und dauerhafte Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der Regierung des Landes, welchem die Zentrale der Russo-Asiatic Consolidated angehört, erfordert. Demgegenüber bezeugt die jüngste Tätigkeit der englischen Regierung, die die Gleichberechtigung Sowjetrusslands im nahen Osten und am Schwarzen Meer bestritt, klar das Fehlen der oben bezeichneten wünschenswerten Beziehungen. Unter diesen Umständen beschloß der Rat der Volkskommissare, dem am 12. September in Berlin von

Neuer Zwischenfall in Düsseldorf.

Düsseldorf, 9. Okt. In Oberkassel bei Düsseldorf, das von den Belgiern besetzt ist und wo neulich ein belgischer Sergeant einen belgischen Posten und dann sich selbst erschossen hatte, ist es in der Nacht von Sonntag zum Montag zwischen deutschen Zivilisten und belgischen Soldaten zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei ein deutscher Zivilist durch einen Pistolenschuß lebensgefährlich verletzt worden ist.

Lord Curzons Erfolg.

London, 9. Okt. Lord Curzon hat gleich nach seiner Ankunft in London der Presse gegenüber u. a. folgendes ausgesprochen: Ich komme mit einem vernünftigen Afford von Paris zurück. Natürlich gibt es immer noch allerhand Hindernisse in den europäischen Ländern, ebenso wie im Orient und in Konstantinopel. Der Standpunkt, den ich immer vertreten habe, ist der, daß wir alle diese Dinge nur durch die Solidarität der Alliierten und durch gemeinsames Handeln Hand in Hand mit Frankreich regeln können. Ich habe mich in einer ziemlich freilich Zeit nach Paris begeben und habe feststellen können, in welchem Sinne diese Solidarität den gemeinsamen Zwecken dienen kann. Ohne zu viel Optimismus an den Tag zu legen, hoffe ich doch, daß die gegenwärtigen Umstände für uns günstig sind. In Zukunft hängt viel mehr von den Verhandlungsführern, die sich an Ort und Stelle befinden, ab, als von dem, was wir tun können. — Die öffentliche Meinung ist gegenwärtig sehr stark von Lord Curzon eingenommen, insoweit das Mißgeschick des griechischen Affords in Paris. Man meint in gewissen Kreisen, daß dieser Afford den Schwanzanfang für Lloyd George bedeute.

Türkischer Vorstoß am Bosphorus.

Paris, 9. Okt. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel sind die Türken gestern wiederum in die Neutrale Zone bei Sams eingedrungen. Ein englisches Torpedoboot hat 54 Kilometer östlich vom Bosphorus in der Straße von Sams eingedrungen. Der Kommandant der Torpedoboots, deren Führer der Kommandant der Marineinfanterie war, hat die Besatzung der Torpedoboots mitteilen lassen, daß dieser das vereinbarte Abkommen verletzt habe. Der Kommandant der Torpedoboots antwortete, daß er sich zurückziehen werde, aber da seine Leute tobtüme seien, so bitte er um die Erlaubnis, noch die Nacht mit ihnen dort verbrachten zu können. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind mehrere türkische Kavallerieabteilungen in das Dorf Unal Jari, das nur wenige Kilometer von Beikos auf der asiatischen Seite des Bosphorus liegt, eingedrungen, und haben es in Besitz genommen. Eine vom englischen Hauptquartier erlassene Bekanntmachung gibt an, daß die alliierten Generale gegen die neuerliche Verletzung der neutralen Zone Einspruch erhoben haben und daß Ismid Pasha den Wunsch ausgesprochen habe, daß aus dem neuen Zwischenfall kein ernstlicher Konflikt entstehen möge.

Rußland mobilisiert.

Paris, 9. Okt. Telegramme aus Helsinki, die in Kopenhagen eintreffen, bekünden, daß der extreme Flügel der Sowjetregierung es durchgesetzt habe, eine allgemeine russische Mobilisierung auszusprechen. Die roten Truppen in Transkaukasien, die unter dem Kommando des Generals Bagratjoff stehen, haben bedeutende Verstärkungen bekommen. Ferner haben die Kolonialdivisionen Befehl erhalten, sich in der Nähe des Kaukasus zu versammeln.

Die Lage in Mudania.

Paris, 9. Okt. Der Londoner Korrespondent des „Journal“ glaubt eine Verschärfung der Lage in Mudania feststellen zu können. Nicht nur der italienische General Monbelli, sondern auch der französische Vertreter General Charpy ist gestern abend um 6 Uhr nach Konstantinopel zurückgekehrt, um mit den alliierten Regierungen in Beratungen zu treten. Es scheint, daß die ihm gegebenen Instruktionen mit den Instruktionen des Generals Harrington nicht übereinstimmen.

Urquhart und Krasin unterzeichneten vorläufigen Vertrag die Behauptung zu verlegen.

Der Krieg im Orient.

Die Londoner Presse zur Pariser Einigung. Paris, 9. Okt. Die Londoner Presse geht in ihrem Urteil über das Pariser Abkommen auseinander. Die Sunday Times wünscht die Frage beantwortet zu haben, ob Frankreich für England oder die Türkei sei. Das Blatt behauptet, daß die feste Haltung der englischen Regierung in Thonak die Situation gereizt habe, während die französische Politik der unausgeglichenen Kompromisse die Türkei ermuntert und die Uneinigkeit der Mächte wie so oft schon vorher gefördert habe. Der Observer spricht in einem Artikel von dem völligen Bankrott der englischen Orientpolitik und kommt zu folgender Schlussfolgerung: Je früher der Ministerpräsident bereit ist, sich zurückzuziehen, umso leichter wird es für die Nationen, aus den unauflöslichen Verlegenheiten herauszukommen. Auch in der Sunday Victoria äußert Northcliffe, daß Lord George sich wenigstens für einige Zeit von seiner Stellung zurückziehen müsse.

Griechenland stimmt der Räumung Thraziens zu.

Paris, 9. Okt. Savas meldet aus Athen, Gekern nachmittag trat ein Ministerrat zusammen, dessen Beratungen sich lange hinausgezogen. Am Ende der Sitzung wurden den griechischen Vertretern in Moskau Instruktionen erteilt, nach denen sie sich in den thrazischen Fragen nur auf einstimmigen Beschluß der Mächte stützen sollten. Ein im Laufe des Tages von Venizelos eingesetztes Telegramm, worin dieser über seine Unterredung mit Poincaré Bericht erstattete, empfiehlt, den bisherigen griechischen Standpunkt absoluter Ablehnung gegenüber den thrazischen Forderungen aufzugeben. Es hatte den Erfolg, daß die Regierung das schwere Opfer der Räumung Thraziens bringen wird. In Athen herrscht tiefe Befürchtung.

Lord Curzon auf seiner Rückreise nach London. Paris, 9. Okt. Lord Curzon hat gestern nachmittag kurz nach 12 Uhr seine Rückreise nach

London angetreten. Auf die Frage nach seinem Eindruck erklärte er am Bahnhof anwesenden Journalisten: Man kommt niemals vergeblich nach Paris. Ich bin mit dem Ergebnis der Verhandlungen sehr zufrieden.

Beamtenrecht oder allgemeines Arbeitsrecht?

Eisenbahninspektor L. Klein, Münster i. W., schreibt über die grundsätzliche Frage im Münsterischen Anzeiger Nr. 99: Je näher der Zeitpunkt für die Behandlung der dem Reichsministerium des Innern bereits vorliegenden Entwürfe zum kommenden Reichsbeamtenrecht durch die zuständigen Instanzen heranrückt, umso lebhafter wird in der breiten Öffentlichkeit die Frage erörtert: Beamtenrecht oder einheitliches Arbeitsrecht? Artikel 157 der Reichsverfassung spricht über diese Frage mit den wenigen Worten aus: „Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“ Es soll demnach ein einheitliches Recht geschaffen werden, das die Arbeit jeder Art, körperliche wie geistige, den höchsten Qualitätsanforderungen wie den einfachsten Tagelöhner umfasst. Demgegenüber muß aber weiterhin festgestellt werden, daß es in dem gleichen Reichsgrundgesetz im Artikel 128 heißt: „Die Grundlagen des Beamtenverhältnisses sind durch Reichsgesetz zu regeln.“ Eine Anzahl dieser Grundlagen ist dann in den Artikeln 129 bis 131 verankert. Der Gesetzgeber wird sich deshalb im Ernst die Frage vorlegen müssen, ob die Regelung der Grundlagen des Beamtenverhältnisses Gegenstand eines besonderen Gesetzes werden, oder ob diese innerhalb eines einheitlichen Arbeitsrechtes vielleicht als ein besonderer Teil desselben Berücksichtigung finden soll.

Es läßt sich unstreitig nicht verkennen, daß die Unterschiede zwischen Beamten und sonstigen Arbeitnehmern infolge der heutigen Gesetzgebung nicht mehr so scharf umrissen sind, wie ehemals. Wenn man früher den Unterschied hauptsächlich in der Stellung des Beamtenverhältnisses und in der den Beamten gewährten Alters- und Invalidenversicherung sah, so ist letztere bekanntlich durch die neuere Sozialversicherung allmählich auch auf den größten Teil aller anderen Arbeitnehmer ausgedehnt worden, und das Betriebsratsgesetz gewährt heute auch der übrigen Arbeitnehmerschaft einen gewissen Schutz gegen willkürliche Anwendung des Kündigungsverfahrens. Und wenn man wiederum das Hauptmerkmal des Beamtenverhältnisses in der Treuepflicht gegen Staat und Volk erblickt, so hat auch diese seit dem Moment eine Bedeutung bis zu einem gewissen Grade verloren, wenn man berücksichtigt, daß sich wesentliche Unterschiede rechtlicher Natur kaum noch beispielsweise gegenüber den mit langjährigem Betrage angestellten Beamten in Privatbetrieben ergeben, die ihre Antskipschaften gleichfalls nach dem bekannten Grundsatz „Treue um Treue“ zu erfüllen haben. Schließlich könnte man noch vom rein individuellen und kulturellen Standpunkt aus verfuhr sein, die Frage aufzuwerfen, ob nicht im Interesse einer möglichst weitgehenden Befreiung der Einzelpersönlichkeit von legaler Bindung das jetzige Beamtenverhältnis abzulegen und an dessen Stelle das gewöhnliche Dienst- und Arbeitsverhältnis, wie dieses sich im Privatrecht ausgebildet hat, zu setzen sei.

Abgesehen davon, daß der Beamtenstand auch heute noch seine rechtliche Eigenart hat, die sich eben aus der Natur des Beamtenverhältnisses ergibt, wird sich das Gros der Beamten mit einer einschneidenden Abänderung der spezifischen Beamtenverfassung, der damit auch die charakteristischsten aller beamtlichen Vorrechte: die grundsätzliche lebenslange Anstellung, die Rechtsanträge für das Verfahren bei Dienstentlassung und Pensionierung geopfert werden müßten, wohl kaum einverstanden erklären, ergäßen sich infolge einer derartigen Umgestaltung der Verhältnisse auch noch andere Schwierigkeiten. Diese würden vor allem darin bestehen, daß der Staat in der Mehrzahl der für die Beamten in Betracht kommenden Betriebe die Stellung eines Monopolisten hat; wenn also bei entsprechender Anwendung privatrechtlicher Normen der Staat gegenüber seinen Angestellten Gebrauch machen würde, so hätte dieses zur Folge, daß die betreffenden, in der Regel nur für ganz bestimmte Zwecke der staatlichen Verwaltung durch längere Vorbereitungsdienst ausgebildeten Beamten, die außerhalb des Staatsdienstes eine passende Verwendung ihrer Spezialkenntnisse wohl nur selten finden könnten, stellenlos gemacht oder doch in viel ungünstigere Verhältnisse gedrängt würden. Zu solche Unbilligkeiten aber dürfte ein öffentliches Gemeinwesen, wie der Staat, das aus sozialpolitisch als Muster gelten soll, am allerwenigsten die Hand bieten, und es kann daher unter diesen Voraussetzungen von einer einfachen Übertragung der privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse auf die Beamten nicht die Rede sein. Aber auch sonst würde es nicht wünschenswert und wohl auch nicht durchführbar sein, die Beamten in all ihren Beziehungen dem allgemeinen Rechte zu unterstellen, w dem sich allein schon aus der verschiedenartigen Bestimmung der für die Beamten in der Verfassung verantworten Grundrechte, sowie aus der ganz besonders gearteten Stellung des staatlichen Arbeitgebers — freigezogen des Volksgesamten — so wesentliche Abweichungen ergeben, daß sie im Rahmen des allgemeinen Rechtes in nicht genügender Weise berücksichtigt werden könnten. Dies führt dazu, daß mindestens die Begriffsbestimmung des Beamten außerhalb des allgemeinen Arbeitsrechtes liegen muß. Man wird aber nicht umhin können, auch die im Art. 129 der Verfassung hervorgehobenen besonderen Punkte im Zusammenhang regeln zu müssen. Das gleiche gilt für die im Art. 130 vorgesehenen Beamtenverordnungen und die Regelung der Regerepflicht der Beamten wegen Amtsverletzungen aus Art. 131.

Nur soweit die Eigenart der Beamten als Staatsbürger und Arbeitnehmer im weiteren Sinne dieses Begriffes in Betracht kommt, wird man ihnen das Recht geben müssen, die Staatsbediensteten keine Sonderbestimmungen, sondern lediglich dem allgemeinen Recht unterworfen zu werden wollen.

Man wird daher vielleicht dazu kommen können, außerhalb des kommenden Beamtenrechtes den Sach anzuheben, daß die Beamten den Vorschriften des allgemeinen Arbeitsrechtes unterliegen, sofern sich aus dem geltenden Beamtenrecht nichts anderes ergibt. Diese Formulierung hätte zwar gleich dem Vorteil, daß alle Abänderungen des allgemeinen Arbeitsrechtes im fortgeschrittenen Sinne späterhin auch den Beamten zugute kommen, ohne daß es einer besonderen Gesetzesänderung bedürfte.

Stadt

Untertrag
nahme der
Bürger
Wett. Str.
Gemäß Be
Straßenbahn
wirds Erhöht
Geldentwertun
und für vor
durchlaufender
1000 000 M.
Kafrop, weid
Stammkapital
teuf für die
ihren Anteil
übernehmen.
Die form
Mittelung der
wert der Stadt
Vereinfacht
Stadt. Pa
die Lage der
Bürgerrecht
ab Mitte des
Berthe-Wach
Jahres werden
der kleinen S
Stadt. Mi
tit der Straß
bahnen sein
der Zeit, daß
unternehme,
rentabel seien.
Stadt. D.
Vorhicht namer
una des Geld
Bürgerrecht
nicht so bedent
Pantation
Inlage der An
Pantation in
Braga kommen
Stadt. Vor
Mendung der
dah auch für
kommen werde
Nahri 3. Al
48 Mark folgen
Dr. G. H. C.
Die Kreim.
zur Erreichung
in dem Drisel
Endrante an
beschäftigung
weiterer 2 An
nigenden Neu
einer für die
Dere Dörtnu
demnach best
stellung der er
20 000 M. Nach
den sich die Ko
100 Prozent h
föhrungen zu
Sondrante sofor
Nach einer
neuten Solik
deantworiete, o
Rechnung a
Kasse d
Ginn. 3737,95 M.
Laffe. Ginn. 2
165,46 M. C
nahme 4 166,70
113,88 M. d
für Jugend
Ausgabe 2386.
Fortbildung
40773,86 M. Aus
566 M. d. d. d.
Ausgabe 93 270.
Laffe. Ginnu
166 035,56 M. h
510 459,25 M. Au
Laffe. Ginnu
1) Schla d h o
Ausgabe 281 684.
Laffe. Ginnu
3 533 891,38 M.
1920. 1. Spar
106 135 989,90 M.
fond 223 325,17
das neue Jahr i
1921 übernommen
511 892,12 M. Au
des Reservefond
sind 478 Prozen
Zu a) bis m
vorgeschlagen
Anlagen der S
Stadterordneten
1920 im Gesam
teilmweise Detung
tragsumlage im
worden. Der v
durch die der S
giffen aus staal
fahrtspflege abge
von der Prüfung
dem Magistrat
geprüft worden.
a) Kasse
Laffe. Ginnu
5816 273,56 M. d
Der Reibet
= 23 535,70 M.
übernommen.
Der von der S
betrug in Höhe vo
Markt in dem Sp
Heberische und
schäftliche aus
helle“, dessen Gut
genommen worden.
Prüfungskommissi
und des Magistrat
tungsanspruch rev
nichts zu erinnern
o) Die Lebe
den Jahren 1914
Bestimmung von
Heberische ab, das
Der Bericht
zu der Postage, d
dah sich nur gerin
zen gefunden habe
waltungsausschüsse
Ausnahme der Be
anträge. Auf die

Stadtverordnetenversammlung.

(Schluß).

Antrag des Magistrats auf Übernahme der selbstständigen Teil-Bürgerhaft für eine Anleihe der Westf. Straßenbahn G. m. b. H.

Gemäß Beschluß des Ausschusses der Westf. Straßenbahn G. m. b. H. v. 19. Juli 1922 soll zwecks Erhöhung des Betriebsfonds infolge der Geldentwertung von 2.500.000 M auf 9.000.000 M und für vorläufige Zahlung einer Anzahl durchlaufender Posten einer Anleihe in Höhe von 6.000.000 M aufgenommen werden. Die Stadt Castrop, welche an der Gesellschaft mit einem Stammkapital von 7400 M beteiligt ist, haften anteilig für die aufzunehmende Anleihe und hat für ihren Anteil die selbstständigen Bürgerhaft zu übernehmen. Der Magistrat hat die Bürgerhaftübernahme beschlossen.

Die formelle Beschlußfassung erfolgt nach der Mitteilung des Vorsitzenden, daß die Höhe der von der Stadt Castrop verbürgten Gelder für die Westf. Straßenbahn 1915/16 M erreicht hat.

Stadtver. Lambert hat erbittert Auskunft über die Lage der Straßenbahn.

Bürgermeister Witten war der Ansicht, daß ab Mitte des Monats nur die Strecken Castrop-Gerthe-Bochum und Bochum-Herne aufrechterhalten werden würden, da auch die Verbilligung der kleinen Strecke keine Zuwanderung bringe.

Stadtver. Kinkle kritisiert die Bürgerhaftpolitik der Straßenbahn. Die Pläne der Straßenbahn seien zu großzügig gewesen. Es sei an der Zeit, daß der Magistrat energische Schritte unternehme, daß er höre, ob die Straßenbahn rentabel seien, sonst sollten sie stillgelegt werden.

Stadtver. D. Lambert mahnt ebenfalls zur Vorsicht, namentlich im Hinblick auf eine Forderung des Geldmarktes.

Bürgermeister Witten hält die Sache für nicht so bedenklich, daß der Direktor im Falle einer Liquidation mit dem drei- bis vierfachen Betrag der Anleihe für den Erlös rechnen. Die Liquidation in vollem Umfang wird nicht in Frage kommen.

Stadtver. Dr. Wegels erhofft bei Wenderung der Preispolitik der Staatsbahn, daß auch für die Straßenbahn bessere Zeiten kommen werden. Ab 1. Januar 1923 werde die Fahrt 3. Klasse nach Dortmund mit der Bahn 48 Mark kosten.

Errichtung zweier Sandstranden im Ortsteil Castrop-Schwerin.

Die Frau. Feuerweh Castrop-Schwerin hat zur Errichtung eines angenehmen Feuerschutzes in dem Ortsteil Schwerin den Einbau mehrerer Sandstrände anvertraut. Die vorgenommene Ortsbesichtigung hat die Notwendigkeit des Einbaues weiterer 2 Sandstrände im Interesse eines angenehmen Feuerschutzes ergeben und zwar je einer für die Kaiser Wilhelm-Straße und die Obere Dorfstrasse. Der Magistrat hat demgemäß beschlossen und beantragt die Vereinfachung der erforderlichen Mittel in Höhe von 20.000 M. Nach Mitteilung des Wasserwerks werden sich die Kosten in aller Kürze bis um etwa 100 Prozent heben. Um jedoch weitere Preissteigerungen zu vermeiden, ist der Einbau der Sandstrände sofort in Auftrag gegeben worden.

Nach einer kurzen Anfrage des Stadtverordneten Holtz, die Beigeordnete Schmitz beantwortete, erfolgte Vermittlung der Kosten.

Rechnungsabnahme.

a) Kasse des Kirchspielarmenbunds. Einn. 3737,95 M, Ausg. 3737,95 M. b) Gesamtkasse. Einn. 206,66 M, Ausg. 101,20 M. Bestand 105,46 M. c) Volkshochschulkasse. Einnahme 4166,70 M, Ausgabe 4052,82 M. Bestand 113,88 M. d) Kasse des Stadtausschusses für Jugendpflege. Einnahme 4005,56 M, Ausgabe 2386,40 M. Bestand 1619,16 M. e) Fortbildungsaussch. - Kasse. Einnahme 4077,66 M, Ausgabe 4077,66 M. f) Kasse der 55. Wädgerschule. Einnahme 13270,26 M, Ausgabe 93270,26 M. g) Realgymnasialkasse. Einnahme 16905,56 M, Ausgabe 16905,56 M. h) Volkshochschulkasse. Einnahme 510459,25 M, Ausgabe 510459,25 M. i) Armenkasse. Einnahme 873261 M, Ausgabe 873261 M. j) Schlachthofkasse. Einnahme 282684,99 M, Ausgabe 281684,99 M. Bestand 1200 M. k) Stadtkasse. Einnahme 358323,18 M, Ausgabe 358323,18 M. l) Sparkassenfonds. 1920: Einnahme 10613599,90 M, Ausgabe 105912664,73 M. Bestand 22325,17 M, welcher als Vorbestand auf das neue Jahr unter laufender Nr. 800 am 25. 4. 1921 übernommen ist. 2. Referendums: Einnahme 611892,12 M, Ausgabe 611892,12 M. Der Stand des Referendums beträgt: 1205147,24 M. Das sind 4,78 Prozent des Einlagebestandes.

Zu a) bis m). Die bei den einzelnen Kassen vorgekommenen Ueberschreitungen gegenüber den Aufwänden der Haushaltspläne sind durch die Stadtverordneten-Versammlung am 31. Januar 1921 im Gesamtbetrage von 137.000 M und der teilweise Deckung durch Erhebung einer Nachtragsumlage im Betrage von 391.000 M bewirkt worden. Der verbleibende Restbetrag konnte durch die der Stadt zustehenden gesetzlichen Beihilfen aus staatlichen Mitteln der Kriegswirtschaftspflege gedeckt werden. Die Rechnungen sind von der Prüfungskommission des Magistrats, dem Magistrat und vom Verwaltungsausschuss geprüft worden. Es fand sich nichts zu erinnern.

n) Kasse der Mehrverteilungsfälle. Einnahme 577566,48 M, Ausgabe 5816273,56 M. Restbetrag 70607,08 M. Dieser Restbetrag von 70.607,08 M ist mit je 1/3 = 23.535,70 M auf die 3 beteiligten Gemeinden übernommen.

Der von der Stadt Castrop zu deckende Restbetrag in Höhe von 23.535,70 M = 1/3 von 70.607,08 M ist dem Sparbuch Nr. 32768 Stadt Castrop, Ueberschüsse und Verwaltungskosten für die Geschäftsführung aus der Kasse der Mehrverteilungsfälle, dessen Guthaben 28.267,12 M betrug, entnommen worden. Die Abrechnung ist von den Prüfungskommissionen der Mehrverteilungsfälle und des Magistrats, vom Magistrat und Verwaltungsausschuss revidiert worden. Es fand sich nichts zu erinnern.

o) Die Lebensmittellasse schließt in den Jahren 1914 bis 10. Mai 1921 bei einem Gesamtumsatz von 72.907.007 M mit 516.323,18 M Ueberschuß ab, das sind 0,7 Prozent.

Der Berichterstatter Stadtver. Kinkle bemerkte, daß sich nur geringfügiger Anstieg zu Auswertungsgewinnen habe, so daß man seitens des Verwaltungsausschusses für alle Rechnungen die Ausnahme der Lebensmittellasse Entlastung beantragte. Auch die letztere sei eingehend geprüft

und für die Zeit, da Herr Rechnungsführer An. Meyer im Amte gewesen sei, einwandfrei und gut befunden, so daß man nicht ansetze, diesem besondere Anerkennung zu schenken. Anders verhält es sich aber mit der Vorzeit. Hier ist sich der Verwaltungsausschuss nicht klar geworden, wie die Sache liegt. Er hat von Herrn Bürgermeister Witten Auskunft über die Führung der Geschäftsergebnisse erhalten. Die abgegebene schriftliche Erklärung hat die Mitglieder des Ausschusses nicht zufrieden gestellt, so daß beantragt wird, diesen Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen und die Entlastung nur für die übrigen Abrechnungen zu erteilen.

Bürgermeister Witten drückt sein Erstaunen darüber aus, daß der Verwaltungsausschuss in der langen Zeit, während der diesem die Abrechnung der Lebensmittellasse vorgelegen hat, sich noch nicht völlige Klarheit verschafft hat. Er hat darum, die Angelegenheit heute mit zu erledigen, zumal da doch anerkannt werde, daß das Geschäftsergebnis ein gutes sei.

Stadtver. Kinkle führt demgegenüber aus, daß es der Wille des Verwaltungsausschusses sei, zunächst noch mit dem Herrn Bürgermeister persönlich Rücksprache zu nehmen. Was der Antragsteller damit beabsichtigt, sei ihm zwar nicht klar, er müsse aber darauf bestehen, daß der Wille des Ausschusses respektiert werde.

Stadtver. Dr. Wegels ist derselben Ansicht und meint, Klärung könne doch auch dem Bürgermeister nur angenehm sein. (Zuruf: Selbstverständlich!)

Auf eine Anfrage des Stadtver. Altenheim wird seitens des Magistrats erklärt, daß seinem Beamten eine besondere Entschädigung für die Verwaltung der Lebensmittellasse gelegentlich des Hauptabschlusses versprochen oder gegeben sei. Nur 16.000 Mark seien der Beamtenunterstützungsfälle überwiesen.

Es wird sodann entsprechend dem Antrage des Berichterstatters beschlossen.

Damit war die offizielle Tagesordnung erschöpft. Außerhalb derselben wurden dann noch verschiedene Angelegenheiten zur Sprache gebracht, über die wir aber nicht berichten können, da unser Vertreter gemäß der Vereinbarung des Vereins Ruhr-Emscher des Reichsverbandes der deutschen Presse nach einer dreistündigen Dauer die Sitzung verlassen mußte.

Aus Castrop und Umgegend

Ein stattliches Trauergefolge geleitete gestern nachmittags den in Weimar verstorbenen Mittelschullehrer G. Brunschmidt zur letzten Ruhestätte auf dem evgl. Friedhof. Dem Leichenwagen voraus gingen die Schülerinnen der 55. Wädgerschule, die prächtige Kranzpenden und Blumensträuße trugen, um damit dem mit der Dienstreise verbundenen Lehrer noch einmal vor aller Öffentlichkeit ihre Anhänglichkeit und Verehrung zu zeigen. Außer dem Kollegium und anderen Leidtragenden auch die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung, des Kirchenvorstandes der hiesigen evangel. Gemeinde, des Kuratoriums der höheren Lehranstalten und der verschiedenen städtischen Ausschüsse, denen der Verstorbene angehörte, sowie des Vorstandes der Deutschen Volkspartei Castrop fast vollständig an der Trauerfeier.

Ein Schwinder, der sich je nach Bedarf als Müller, Schuhmacher usw. ausgibt und behauptet, aus dem Elsas ausgewiesen und a. H. im Altkoloniallager in der Senne untergebracht zu sein, brandstiftet unsere Stadt. In verschiedenen Stellen gelang es ihm, Mittel zu ergattern und die Unterstützung, auf die er es abgesehen hatte, zu erhalten. Da es sich um einen Betrüger handelt, so sei hiermit vor dem Menschen gewarnt. Er wird, wie folgt, beschrieben: Alter 55 bis 60 Jahre, Größe 1,75 bis 1,80, kleiner, grauer, gekrümmter Schenkel, graues Haar, blaues Aussehen, kräftige Natur, grauer Anzug, dunkler Hut.

Ein Circus-Wunderfeld. Bochum. Die zahlreichen auswärtigen Besucher, die am vergangenen Sonntag den Circus Wunderfeld in Bochum besucht haben, werden sämtlich voll und ganz auf ihre Rechnung gekommen sein. Vorzügliches Pferde-Druckrennen, erstklassige Reiterei, gute drollige Scherzstücke (besonders Klein-Maxi ist eine originelle Figur), Luftkünstler in verwegenen, tollkühnen Darbietungen, Sensations- und Attraktions-Arten usw., jedem Geschmack nach Rechnung getragen. Da das Gastspiel nur noch wenige Tage dauert, sei jeder Freund guter Unterhaltung auf dieses Gastspiel nochmals hingewiesen.

Verdoppelung des Brotpreises Mitte November. Ueber die Auswirkung der kommenden Brotpreissteigerung auf Lohn und Gehalt wurde in Berlin in einer Sitzung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten, die von Reichsanwalt Bauer nach der Reichsregierung geladen worden war. Er betonte die Notwendigkeit der Brotpreissteigerung, die ab November mindestens eine Verdoppelung des heutigen Preises betragen werde. Die Reichsregierung wird auf die Verteuerung des Brotes bei den Verhandlungen über die Forderung der Reichsbeamten und Arbeiter die erforderliche Rücksicht nehmen. Ein Vertreter des Reichsvereins der Arbeitervereine berechnete den künftigen Brotpreis etwa von Mitte November auf etwa 75 bis 85 Mark innerhalb des Reichsgebietes für ein 1900-Gr.-Brot. Von dieser Stelle wurde nachdrücklich betont, daß die Erhöhung auch ohne die Steigerung des Preises für die erste Unterlage der Arbeiter wäre. Die Preissteigerung des Auslandsgetreides hätte dazu führen müssen. Wiederholt aus der Reichskanzlei die Erklärung, daß von einer Verdoppelung des Brotpreises zunächst keine Rede sein könne. Es komme ab Mitte November etwa eine Verdoppelung in Frage. Ueber die Möglichkeit einer gemeinsamen Erklärung der Zentralarbeitsgemeinschaft soll noch einmal verhandelt werden.

Die Steuererleichterungen für Kleinrentner sind vom Reichsminister der Finanzen zusammengefaßt worden. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um 2000 Mk. für über 60 Jahre alte oder erwerbsunfähige Steuerpflichtige, wenn das Einkommen 50.000 Mk. nicht übersteigt usw. Die Einkommensgrenze, bis zu der u. U. Einkommensteuer erhoben werden kann, erhöht sich von 80.000 Mk. auf 200.000 Mk. Die Anrechnung der Kapitalertragsteuer erfolgt bei Einkommen bis zu 25.000 Mark zu 100 Prozent und bis zu 50.000 Mk. zu 50 Prozent. Das Reichsnotopfer wird erhöht oder erlassen bei einem Alter über 60 Jahre oder Erwerbsunfähigkeit, einem Vermögen nicht mehr als 500.000 Mk., das hauptsächlich aus Kapital besteht, sowie einem Einkommen nicht über 20.000

Mark. Bei der Zwangsanleihe besteht eine Beitragspflicht nicht, wenn das Vermögen 100.000 Mark nicht übersteigt, 300.000 Mark, wenn das Vermögen hauptsächlich in Kapitalen besteht und das Einkommen 40.000 Mark nicht übersteigt, eine Million, wenn der Beitrag 60.000 Mk. nicht übersteigt und der Beitragspflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist.

* Gerthe. (Von der Schule.) Mit dem 1. Oktober d. J. ist der frühere Leiter der Friedrich-Wilhelm-Schule hiesig, Herr Rektor Ortmeier, endgültig aus dem Volksschuldienst ausgeschieden. Als Leiter der genannten Schule war er in unserer Gemeinde seit 1908 tätig und zwar zunächst als Hauptlehrer, später als Rektor. Manchen jungen Vergamann bereite er durch Privatunterricht zum Besuch der benachbarten Vergamannschule, wie auch der Vergamannschule in Bochum vor. Dieser Arbeit konnte er sich mit noch mehr Erfolg widmen, als er 1913 zum Leiter und Lehrer der Vergamannschule in Castrop berufen wurde. Seit dem 1. Januar 1921 war Herr Ortmeier beurlaubt, um die ihm von der Westfälischen Vergamannschaft übertragene Stelle als Direktor der Vergamannschule des Bezirks V zu verwalten zu können. Namentlich ist er ganz in die Dienste der Westf. Vergamannschaft getreten unter Beibehaltung seines bisherigen Wohnsitzes in Gerthe.

Aus dem Emschertal.

A. Marzke-Bahnhof. (Schlecht belohnte Gutmütigkeit.) In dem Wälder an den Bahndünen des Unternehmers Hallinger am Deininghäuser Bach gestellte sich am Sonntag morgen gegen 5.30 Uhr ein Arbeiter, der auf dem Rücken einen Rucksack trug, und bat, sich etwas wärmen zu dürfen. Man gestattete ihm das. Als der Wälder sich auf einige Augenblicke entfernte, bemerkte der Mensch die Gelegenheit und ließ in seinem Rucksack ein einem Arbeiter gehöriges Federhemd im Werte von 3500 Mark im Rucksack verpacken. Der zurückkehrende Wälder sah ihn noch eben abziehen. Man ist dem Spitzbuben aber auf der Spur. Es soll sich um einen Mann aus Jaders handeln.

© Sabinghorst. (Schaufensterdiebe) haben des Nachts die große Schaufensterdiebe der Firma Bennis Marx auf der Kaiserstraße eingeklinkt und aus der Auslage für etwa 20.000 M. Kleidungsstücke gehoben. Diese befanden sich zum Teil auf Ausstellstücken, von denen insoweit eine in einem Geschäft bei Jaders wiedergefunden wurde. Die Polizei kam dadurch auf die Spur der Täter, so daß die gleich aufgenommenen Ermittlungen wohl Erfolg haben dürfen.

* Sabinghorst. (Ein guter Gang.) In der Menage der Besche „Bistrot“ bot ein Unbekannter den Anwesenden eine Uhr und eine Westfische zum Kauf an. Da diesen die Sache aber nicht „reim“ verfiel, so wurde der Kauf abgelehnt. Der betreffende Mann mußte es dann aber so einrichten, daß er sich unbemerkt in einem Zimmer einschließen konnte. Hier erbrach er verschiedene Spinde und packte daraus, was ihm mitnehmen wert erschien, zusammen. Ehe er sich jedoch mit seiner Beute entfernen konnte, wurde er endend und unter Zuziehung der Sabinghorster Polizei festgenommen. Bei der Feststellung der Personaler ergab sich durch Vermittlung der Dortmund-Polizei, daß es sich um einen vielgeachteten „Schweren Jungen“ handelt. Er wurde dem Amtsgericht in Castrop zugeführt.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Castroper Sportverein 02, G. B. Bei herrlichem Fußballwetter gelangten am Sonntag G. B. -Platzmannen Kämpfe zum Ausbruch. Schon frühmorgens sah man eifrige Sportler zum Platz pilgern. Es fanden sich ja auch die 1. und 2. Jugendmannschaften der Ortsvereine im Punktekampf gegenüber. Man erinnerte sich der harten Kämpfe bei den Diplomwettspielen im Vorjahre und wollte man schon deshalb nicht versäumen, sich davon zu überzeugen, welche Mannschaften in diesem Jahre das Vortreffen für sich entscheiden würde.

Nach dem Spiel der 2. Jugendmannschaften G. B. gegen V. B. 11, das die G. B. -ler nach schönem Kampfe mit 6:0 sicher für sich entscheiden konnten, bestritten die 1. Jugendmannschaften beider Vereine den Platz.

G. B. 1. Jgd. - V. B. 11 1. Jgd. 4:0

G. B. 2., der zunächst mit 9 Mann spielt, leidet gleich nach Anstoß gefährliche Angriffe ein und schafft dadurch kritische Situationen vor dem Tor des V. B. 11. Nachdem sich die G. B. verteidigt haben, werden die Angriffe wichtiger, doch wissen die Verteidigung und Torwart von V. B. 11 noch für Tor rein zu halten. Auch ein Elfmeter für Sportverein führt nicht zum Tor. Die erste Hälfte verlief torlos.

Nach der Pause ist Sportverein immer wieder im Angriff. Einzelne Vorstöße von V. B. 11 verfehlen schon an der sicher arbeitenden Kastenreihe beim Verteidigung. Der Torwart bekommt fast gar keine Arbeit. Sportverein wird jetzt vollständig überlegen. Durch den 2. Elfmeter geht er in Führung. Bis zum Schlußspiel muß der V. B. 11 Torwart noch dreimal den Ball passieren lassen. Der Sieg in dieser Höhe war verdient. G. B. 2. spielte den technisch besseren Fußball. V. B. hat von seiner Spielstärke nach den letzten Dilem-Wettspielen viel eingebracht.

Der Schiedsrichter zeigte „Besondere Leistungen.“ Das Ergebnis des Tages bildete das Treffen der Jugendmannschaften

G. B. 2. - Turnerbund Cidel 0:2 (0:2). Endergebnis 6:2.

Turnerbund tritt in starker Aufstellung an; G. B. 2. wohl in der Verteidigung durch Reber verstärkt, doch mit Erlass für Frentau und Kischade. Turnerbund hat Anstoß. Der Ball wird abgefaßten und schon jetzt zieht Sportverein in forschendem Tempo vor Turnerbund Tor. Es folgt leicht Anstoß auf Anstoß. Doch Turnerbund verbleibt verhärtet zu verteidigen, so daß sich Sportvereins Sturm vor dem Tore nicht durchsetzen kann. In der 13. Minute wird der Ball von dem Halbdritten aufgenommen, der nach schönem Durchbruch den Ball an dem herauslaufenden Torwart vorbei ins Tor jagt. Nr. 1 für Turnerbund. Sportverein läßt sich nicht verbüßten. Er greift weiter unermüdlich an und gibt der Verteidigung und dem Torwart harte Arbeit. Jetzt scheint ihm der Ausstoß zu winken. Sportvereins Halbdritter wird unsicher zu Boden gelegt. Der Schiedsrichter entscheidet Elfmeter. Der

Ball, scharf in die rechte Ecke geschossen, wird aber doch noch eine Beute des sicher arbeitenden Torwarts. Jetzt bekommt Turnerbund den Ball. Der Linksaußen rast durch und sendet unhaltbar zum zweiten Tore ein. Bis zur Halbzeit ist dann wieder Sportverein in Front. Mann aber außer 2 Eden nichts zählbares anbringen.

Nach Seitenwechsel wird Sportverein sichtlich überlegen. Die Hinterreihe treibt den Sturm immer wieder nach vorn. Turnerbund Tor wird förmlich belagert. Auch der Sturm zieht sich jetzt zurück, um das in Gefahr stehende Tor zu schützen. Sportverein bringt Schuß auf Schuß an, die aber wegen der allzu zahlreichen Vertiefung nur vereinzelt den Weg zum Tor finden und dann von dem Torwart sicher gehalten werden können. Auch durch vier weitere Eden kann Sportverein nicht erringen. Am Ende Resultat ist nichts mehr zu ändern. Sportverein muß die Niederlage unverändert hinnehmen.

Dem Spielverlauf entsprechend hätte das Resultat umgekehrt lauten müssen. Aber es ist und bleibt nur einmal Taktische, daß nicht immer die Mannschaft gewinnt, welche das bessere Spiel spielt, sondern die, die Tore tritt und außerdem noch versteht, — wenn auch mit mehr als zwei Verteidigern und Torwart — ihren Kasten rein zu halten.

Der Schiedsrichter war korrekt und unparteiisch. Er hatte das Spiel jederzeit in Händen.

2. M. G. B. - 2. M. T. B. Cidel 1:0.

Das Spiel war verteilt. Erst kurz vor Schluß gelang es G. B. 2., das siegreichende Tor zu erzielen.

3. M. G. B. - 3. M. T. B. Cidel 0:4.

3. Jgd. G. B. - 3. Jgd. Sp. u. Sp. Merz. Ende 2:3.

Berein für Rasensport, Kassel. Rasensport 1. - Westfalia-Herne 1:3 (2:0). Es der Endergebnis 8:5 für Kassel.

Als das Spiel beginnen sollte, fehlte der an seiner gestrichelten Schiedsrichter und man einigte sich aufschädeln einen Herrn von Mengede, der schon vorher darauf Er Spiel der 2. Mannschaften geleitet hatte, ele au Sofort nach Anstoß steht ein lebhafter Kampf. Der ein. Herne unternimmt nützliche Vorstöße, doch bleibt gefamte Kassel-Hintermannschaft ist auf dem erin Poßen und läßt sich nicht aus der Ruhe bringen. Zwischen den beiden Mannschaften Rasensports Sturm gefunden und leitet gefahr. Zeitliche Angriffe auf das gegnerische Tor ein. In der 20. Minute kann dann der Mittelstürmer bewußtliche schon vorgebrachten Ball über den Kopf des herbeausgelaufenen Hüters hinweg in das Tor lenkt, sid fen. Die Westfalen greifen unentnützlich weiter anstufie und wollen unbedingt gleichziehen, doch vermögen sie sich der Sturm nicht durchzusetzen. Rasensport ist in dagem in der 35. Minute zum zweiten Male dahin-erfolgreich. Eine gut getretene Ecke wird vom linken Mittelstürmer prächtig eingestuft. Nach der für Pause spielen die Westfalen weiter aufopfernd, jedoch unter allen Umständen den Verlust auszuwasolen. Doch es will ihnen nichts gelingen, denn 11. Rasensports Verteidigung scheint heute mit etwas Glück sicher unüberwindlich. Schließlich setzt auch Rasensport wieder mit Vorstößen ein und in der 70. Minute ist es der kleine Rechtsaußen, der luttienrasendem Tempo den Ball vorbringt, um an die schließend mit Bombenschuß das schönste Tor des Tages zu erzielen. Das Spiel wird hart weitergezogen, doch ändert sich an dem Ergebnis nichts. Es mehr.

Das Ergebnis entspricht nicht dem Spielverlauf, da die Westfalen hatten solche hohe Niederschlagelage nicht verdient und ebenso reichlich Beckmann selbst ein Elfmeter wurde knapp daneben geschoffen. Rasensports Mannschaft, die in veranumderter Aufstellung antrat, hatte einen guten Tages und zeigte Formverbesserung. Mit einem solchen Siegel hatte man allerdings nicht gerechnet.

Die 2. Mannschaft konnte das Spiel ebenfalls der mit 2:1 siegreich gestalten.

2. Rasensport - 2. Westfalia-Herne 2:1.

3. Westfalia - 3. Rasensport 5:3.

1. Jgd. Schwerin - 1. Jgd. Rasensport 4:1.

2. Jgd. Rasensport - 2. Jgd. Schwerin 1:0.

Westfalia, ne

Spielverein 16 Herne 1. - Alemannia 1. 0:4. Die Alemannen waren zum fälligen Meisterturnschaftspiel nach Herne zum Spielverein 16 gezogen. Der Platzverein mußte erfahren, daß es Alemannia einen achtbaren Fußball spielt. Derne Eifer der gesamten jungen Alemannen-Elf trug zu diesem schönen Siege bei. Die Kasserreihe gab ihren kleinen Stürmer gute Vorlagen, die vortun ihnen trefflich verarbeitet wurden. Oft wurden schöne Kombinationen vor dem Tore gezeigt. Die Verteidigung stand und wehrte gut ab. Der Torwart hielt einige unverhofft scharf angebrachte Torchüsse brillant. Nur so weiter, Alemannia! Walter Großer.

Stadtheater Dortmund.

Mittwoch, 11. Okt. 7½-10½ Uhr. „Mose Verand“ Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerh. Hauptmann.

Donnerstag, 12. Okt. 7-10½ Uhr. „Tannhäuser“ und der Sängerkrieg auf Wartburg. Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Vorverkauf Montag.

Freitag, 13. Okt. 7½-10 Uhr. Zum 2. Male: „Edelwild“. Ein dramatisches Gedicht von Emil Golt. Vorverkauf Dienstag.

2 gute Hunde

1 Schnauzer mit Stb., 1 Fox ff. kuppirt, wachsam u. stubenrein wegen Anschaffung eines größeren Hundes (evtl. Tausch.) billig abzugeben. L. Calmus, Habinghorst.

Achtung!

Zahle die höchsten Preise für Flaschen und Altpapier:

Für lange Weinflaschen . . . 20.- Mk.
„ Rotweinflaschen . . . 8.- Mk.
„ Lit.- u. Cognakflaschen . . . 15.- Mk.
„ Sektklaschen . . . 10.- Mk.

Größere Quanten werden abgeholt.

Schwarz, Münsterstraße 16.

5139 Eingang Biesenkampstraße

Nachruf.

Am 8. Oktober starb im hiesigen kath. Krankenhaus unser lieber Kollege, der Setzer

Otto Grzonka

aus Lüttgendortmund im jugendlichen Alter von 22 Jahren plötzlich infolge eines schweren, schleichenden Leidens.

Sein liebenswertes, kameradschaftliches Wesen, das er uns gegenüber jederzeit an den Tag legte, macht ihn uns unvergessen.

Er ruhe in Frieden!

Castrop, den 9. Oktober 1922.

Das Personal der Castroper Zeitung.

Nachruf.

Am Sonntag erlag im hiesigen kath. Krankenhaus unser langjähriger Mitarbeiter, der Setzer

Herr Otto Grzonka

aus Lüttgendortmund einer längeren, heimtückischen Krankheit.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen eifrigen und treuen Angestellten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Castrop, den 9. Oktober 1922.

Verlag der Castroper Zeitung
(Geschw. Schmitz)

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Beimgang unseres lieben unvergesslichen Sohnes und guten Bruders Feli, sagen wir allen unsern

aufrichtigen Dank.

Castrop, den 10. Oktober 1922.

Familie Jakob Graf.

Statt besonderer Anzeige.



Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief sanft und gottgegeben am 5. Oktober meine innigstgeliebte Frau, meine gute Tochter, Schwiegertochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Heinr. Wortmann

Hedwig geb. Schmidt.
im Alter von 28 Jahren.
Sie folgte ihrer lieben Mutter nach kaum 4 Monaten.

In tiefem Schmerz:

Familie Heinrich Wortmann
Familie Ernst Schmidt.

Castrop u. Hengsen, den 9. Oktober 1922
Die Beerdigung erfolgte am Sonntag zu Hengsen. 5468



Hühneraugen

werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl. Hornhaut an der Fußsohle beseitigt Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verursachen kein Festkleben am Strumpf. 79c

Dr. H. Köster, Wittenstr. 26
Brogie Fr. Schmitz, Raugel, Bahnhofstr.
Glückauf-Dr. Köster, A. Köster, Idern



Heute bis einschl. Donnerstag

Der größte Sensationsfilm der Saison

Lola die Apachenbraut

Sensations-Abenteuer-Film in 2 Teilen

12 Akte. 12 Akte.
Die von heute ab zusammen vorgeführt werden.
Dieser Film übertrifft durch seine tollkühne, waghalsige Handlung alles was bisher an sportlichen und tollkühnen Leistungen geboten wurde.

Ferner das wunderbare Sensations-Drama:

Das brennende Tal

6 Akte. 6 Akte.
Packend und tiefergreifend, zugleich fluten die reich bewegten Erlebnisse des verfolgten Rattiff an uns vorüber.
Jeder Akt eine Fülle seltsam tragischer Begebenheiten und abenteuerlicher Hindernisse.

Als Einlage:

Ein Lustspiel.

An allen Tagen großes Künstler-Orchester unter Leitung des Kapellm. 5478
Carl Wilhelm,

Von Mittwoch an verkaufte

Kappus

ab Hof.

Bresser, Frohlinde.

Stubenöfen

zu kaufen gesucht. Zufuhr. erbeten unter 5461 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Spritt- und Wein-Likörfässer

neu und gebraucht zu kaufen gesucht. Angebote unter 5479 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Koks- und Kaminmaurer

sofort gesucht. Meldungen bei Dr. Otto & Comp. G. m. b. H. Bochum, Christstr. 9.

Maurer sowie Innenputzer und Arbeiter

für sofort gesucht. Fr. Hermann, Baugeschäft, Castrop. 5464

Junge

oder 5463 Halbinvalide zum Großfahren sofort gesucht. Georg Alldorf, Raugel, Bahnhofstr. 25.

Fuhrknecht

gesucht. 5477 Pöggeler, Tiefbaugeschäft Castrop.

Morgenmädchen

für sofort gesucht. Wittenstr. 34.

Mädchen

für alle Hausarbeit sucht Frau Erik Wagener, Wittenstr. 37.

Mädchen

zur Aushilfe gesucht 5474 Frau Erik Wagener, Wittenstr. 37.

möbl. Zimmer

Zufuhr. erbeten unt. 5460 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

möbl. Zimmer

ohne Bedienung gesucht. Offerten unter 5475 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

RostundLogis

Diebstahlstrahe 57.

Schäferhund

abhanden gekommen. 5472 Abzugeben bei Giesens, Wittenstr. 15 5472

B. Wellner

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Älteste und hervorragendste Lichtbühne am Platze verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale - Zentralheizung

Fernruf 144 Amt Castrop.

Dienstag 10. 10. Mittwoch 11. 10. Donnerstag 12. 10.

Fortunato

Sensationelles Abenteuer aus der Nachtseite des Lebens.

1. Ableitung:

Der tanzende Dämon

Ueberaus spannende Handlung.

Bruno Kastner

der Liebling der Damenwelt in

Das Geheimnis von Schloß Ronay

In der Hofengasse 17 wohnt der Chinese Si-Sung-Ju. Er lebt still und abge-schlossen; allerhand Gerüchte über ihn gehen um.

Lee Parry

in

Straßenmädchen von Berlin

Ein Großstadtbild in 6 Akten.

Anna Schwaiger - ein Fabrikmädchen. Unter Tausenden: grau und einfüßig sind ihre Arbeitstage und dürftig ihre Freuden. In die Zigarren, die ihre linken Hände formen, wickelt Anna Zeitel einen: Bin jung, schön und brav - aber arm!

Änderungen im Programm vorbehalten

Musikalische Begleitung: 5471

Herr Kapellmeister Schmitt mit seinen Künstlern.

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt

Klassiker - Schauspiele

Zweits Aufführung eines größeren

Können noch mehrere talentvolle Damen und Herren mitwirken.

Probe: Dienstag, den 11. und Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr. Zu melden in der Probe beim Herrn Wirt Lueg, Castrop

Theatergesellschaft Castrop

Die höchsten Preise für

Gold u. Silber

zahlt stets

Ludwig Calmus

Goldschmied

Habinghorst

Kronprinzenstraße 77.

5452

Cafe Becker

Condorei und Weinstube. Neue, bei der heutigen Preiserhöhung, noch preiswerte Schokolade eingeführt. Für Kinder billiger wie Fett und Milch.

Castrop u. Schulitz, den 9. Oktober 1922.

Barmer Bank-Verein

Gegründet 1867 Hinsberg, Fischer & Comp. Fernspr. 87 u. 88.

Castrop, Viktoriastraße 19.

Hauptsitz in Barmen. Niederlassungen in Aachen, Ahlen, Altmann, Andernach, Aurich, Barmen-Rittershausen, Bentheim, Betzdorf, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bonn, Brühl, Bünde, Burgsteinfurt, Castrop, Cleve, Coblenz, Köln, Köln-Mülheim, Coesfeld, Crefeld, Dortmund, Dülmen, Düsseldorf, Duisburg, D.-Meiderich, Emden, Emsdetten, Essen, Gevelsberg, M.-Gladbach, Greven, Gronau, Gütersloh, Gummersbach, Hagen, Halver, Hamm, Haspe, Heiligenhaus, Herford, Herzogenrath, Hilden, Hörde, Hohenlimburg, Hückeswagen, Iserlohn, Königswinter, Kohlscheid, Langenberg, Leer, Lennep, Lüdenscheld, Lüneburg, Mainz, Meinerzhagen, Menden, Mettmann, Milse-Vörde, Münster i. W., Nevers, Norden, Norderney, Ohligs, Opladen, Osnabrück, Papenburg, Plettenberg, Remscheid, Rheine, Rheydt, Siegburg, Siegen, Soest, Solingen, Schaiksmühle, Schwelm, Schwerte, Steele, Stollberg, Uerdingen, Unna, Vallendar, Velbert, Viersen, Warendorf, Werddahl, Wermelskirchen, Wipperfurth, Wülfrath, und Wurselen. Agenturen: Borkum, Bunde, Bornum, Esens, Hage, Haren-Ems, Juist, Lathen-Ems, Marienhale, Papenburg-Oberende, Sögel, Weener, Wittmund.

Kapital und Rücklagen Mk. 770 Millionen.

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte Vermögensverwaltung.

Krankheiten

bei Nieren- und Blasenleiden, Gicht, Harn-, Magen-, Darm-, Nerven-, Lungen- u. Leberleiden, Gallenleiden u. Verdauungsleiden werden in kürzester Zeit und in den hartnäckigsten Fällen unter Garantie beseitigt.

Behandlung ohne Berufs-Idiotie. Verwirklichte Heilung. Nach Frau Pastor Modaus Augenheilkunde. Einzige am Platze.

Heilanstalt G. Pingel, Raugel, Bahnhofstr. 13 (Gothof Strolkamp).

Sprechzeit: 18993 Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10-7 Uhr.

Verrenkungen

H. Wienert ist Donnerstags nachm. v. 4-6 Uhr Callenberg, Castrop, Widumerstraße 2. Tel. 495